

Einnahmenseitige und Ausgabenseitige Konsolidierungsmaßnahmen sind umgehend mit Personalvertretungen, Betriebsräten und der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst zu verhandeln!

Der erweiterte Landesvorstand der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst Salzburg beschloss in seiner heutigen Sitzung zu den Beschlüssen der Bundesregierung über die Budgetkonsolidierung für die nächsten Jahre:

1. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben die Finanzkrise nicht verursacht. Die öffentlich Bediensteten haben bereits in den letzten Jahrzehnten massive Beiträge zur Budgetkonsolidierung geleistet.

Die jetzige Budgetmisere ist vor allem verursacht durch ausuferndes **Spekulantentum** und die einhergehenden Bonizahlungen auch trotz negativer Abschlüsse. Das „Verursacherprinzip“ darf nicht auch noch honoriert oder in den Hintergrund gerückt werden. Auswüchse wie Bonizahlungen, Sonderabfertigungen, ausufernde Managergagen sind abzuschaffen, dies sowohl in Banken als auch in staatsnahen und privaten Wirtschaftsbereichen.

2. Mit den Zentralausschüssen sind Verhandlungen umgehend und laufend zu führen, um die geplanten innerbetrieblichen Maßnahmen zu diskutieren und letztendlich gemeinsam abzuhandeln und zu vereinbaren.
3. Gesetzliche Änderungspläne sind auf der sozialpartnerschaftlichen Ebene der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst laufend und umgehend zu verhandeln. In beiden Bereichen sind wöchentlich die Ergebnisse der bereits laufenden Verhandlungen zu ergänzen.
4. Die Schieflage der Steuerlast betreffend der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss korrigiert werden. Die unselbständigen Erwerbstätigen dürfen durch einnahmenseitige Konsolidierungsmaßnahmen nicht mehr belastet werden.
5. Weitere Zugriffe auf Leistungen und Ansprüche von Pensionen und Ruhebezüge sowie Eingriffe in bestehende Pensionsregelungen, werden generell abgelehnt.
6. Einsparungen sind vor allem bei Kürzungen, wie wild wuchernder Eigenwerbung, in Print- und anderen Medien von einzelnen Politikern der Bundesregierung und auch verschiedener staatsnaher Wirtschaftsbereiche zu tätigen.
7. Die Kernaufgaben sind voll zu sichern, dies gilt vor allem für Bildung, Gesundheit, Bundesheer, Justiz, Sicherheit, Finanz, Verwaltung. eben in den personalintensiven Ministerien. Die dazugehörige personelle Ausstattung ist langfristig sicher zu stellen.

Die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst fordert umgehend die Bundesregierung auf, uns ihre Maßnahmen, resultierend aus den Beschlüssen des Ministerrates mitzuteilen und umgehend Verhandlungen zu führen.